

### Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion

#### **Nicht reden, sondern handeln: Echte Reformen beim RBB konkret anpacken**

Das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist aktuell auf Tiefstwerte gesunken. Die Skandale des Jahres 2022 haben eine Entfremdung des Beitragszahlers vom Beitragsverwender erzeugt. Hierzu trug auch die nur scheibchenweise erfolgende Aufklärung und das immer neue Hervortreten fragwürdiger Verhaltensweisen bei. Es war und ist interfraktionell erklärter Wille, das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wiederherzustellen.

Die bisher bekannt gewordenen Unzulänglichkeiten haben deutlich gemacht, dass es sich nicht um Einzelfälle oder punktuell zu behebende, an einzelnen Personen hängende Fehler handelte. Sowohl aus dem Kreise der Beitragszahler als auch der RBB-Belegschaft und auch weiter Teile der Politik wurde bekundet, dass ein strukturelles Problem gesehen wird. Denn sowohl die geschäftsleitenden als auch die Kontrollgremien haben in weiten Teilen die in sie gesteckten Anforderungen nicht erfüllt. So erklären sich auch die vielfältigen, teilweise sehr weitgehenden Reformvorschläge aus allen Fraktionen bzw. Parteien.

Es liegt auf der Hand, dass zur Wiederherstellung des Vertrauens in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Allgemeinen und den RBB im Besonderen ein „Weiter so“ mit lediglich kosmetischen Änderungen nicht möglich ist.

Seit Bekanntwerden der Komplexität des RBB-Skandals wurden daher diverse Reformvorschläge in verschiedenen Gremien diskutiert. Nun gilt es, auch konkrete Reformansätze auf den Weg zu bringen und einer verbindlichen Beschlussfassung zuzuführen. Denn sonst könnte in der Öffentlichkeit die Sorge entstehen, dass bestimmte Reformforderungen nur um der medialen Aufmerksamkeit willen ohne konkreten politischen Gestaltungsansatz formuliert worden sind. Diesem Eindruck ist unbedingt entgegenzutreten. Zudem steht eine Neufassung des Staatsvertrages an, für den Brandenburg eigene Verhandlungspositionen definieren sollte. Im Übrigen erwartet der Beitragszahler messbare Veränderungen. Nur durch die Bereitschaft, mehr öffentliche Kontrolle, echte Veränderungen und generelle Mäßigung zuzulassen, kann eine Akzeptanz der Beitragszahler erreicht werden.

Der Landtag möge beschließen:

Für zukünftige über eine Neufassung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg zu führende und sonstige, mit den Gremien des RBB und mit dem Land Berlin erfolgende, Verhandlungen werden aus Sicht des Landes Brandenburg folgende Reformschritte als notwendig festgelegt:

1. Bildung eines Publikumsrats

- Es wird ein Publikumsrat gebildet.
- Dieser soll die gleiche Zahl an Mitgliedern wie der Rundfunkrat haben und sich ausschließlich aus Beitragszahlern zusammensetzen. Die Amtszeit eines jeden Mitglieds des Publikumsrats beträgt vier Jahre, alle zwei Jahre wird die Hälfte der Mitglieder neu gewählt.
- Die neu zu bestimmenden Mitglieder des Publikumsrats werden zur Hälfte per Zufallsgenerator aus der Gesamtheit der Beitragszahler ausgewählt. Die andere Hälfte des Publikumsrats wird über ein Wahlsystem gewählt.
- Der Publikumsrat wählt aus seiner Mitte zwei Sprecher, die für den ordnungsgemäßen Ablauf der Ratssitzungen sorgen. Zudem entsendet der Publikumsrat aus seiner Mitte je zwei Delegierte in den Verwaltungsrat und in den Rundfunkrat, die dort sämtliche Rechte und Pflichten der anderen Gremienmitglieder erhalten.
- Alle Mitglieder des Publikumsrats wählen gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern des Rundfunkrats den Intendanten bzw. die Intendantin.
- Ferner hat die Intendanz dem Publikumsrat gegenüber Bericht zu erstatten über:
  - Wirtschaftspläne, Zielvorgaben und Telemedienkonzepte,
  - Programmbeschwerden,
  - Investitionsvorhaben ab einer Investitionssumme in Höhe von 250.000 Euro.
  - Der Publikumsrat genießt insoweit volle Prüf- und Akteneinsichtsrechte.

2. Einführung der Petitionssendezeit

Auf allen Sendern der Sendeanstalt wird eine neue Petitionssendezeit eingerichtet, die der Publikumsrat per Beschluss an Anbieter von bisher nicht im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vertretenen Inhalten vergeben kann.

3. Schaffung eines Programmfonds

- Es wird ein Programmfonds gebildet, in den gewährte, übergebührliche Bonus- und ggf. Ruhegeldzahlungen der gesamten Geschäftsleitung des RBB einzuzahlen sind. Hierzu wird von der Intendanz erwartet, Rückforderungen verbindlich geltend zu machen. Konkrete zivilrechtliche Prüfungen sind vorzunehmen. Darüber hinaus ist durch geeignete Formate auf einen zeitnahen Verzicht zur Vermeidung gerichtlicher Auseinandersetzungen hinzuwirken.
- Der Programmfonds findet vorrangig Verwendung für Programmentwicklungen, die im Rahmen der Petitionssendezeit Berücksichtigung finden.

4. Gehaltsstaffelung entsprechend den Bestimmungen im Öffentlichen Dienst

- Festlegung, dass die Bezahlung der gesamten RBB-Belegschaft entsprechend den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) erfolgt, wobei die Geschäftsleitung höchstens entsprechend den Mitgliedern der Landesregierung einzustufen ist.

### 5. Direkte Mitbestimmung der Migrantinnen und Migranten

- Änderung des Staatsvertrages dahingehend, dass das die Menschen mit Migrationsgeschichte in Berlin und Brandenburg repräsentierende Mitglied im Rundfunkrat durch die Dachorganisationen der Migrantenverbände in den Ländern Berlin und Brandenburg bestimmt wird.

Die Vertreter des Landes bzw. des Landtages in den jeweiligen Verhandlungen und Gremien werden beauftragt, die Verhandlungen unter der vorgenannten Maßgabe zu führen.

#### Begründung:

Es braucht grundlegende, zeitnah wirkende und für die Beitragszahler messbare Reformen beim RBB. Im Einzelnen:

#### zu 1: Publikumsrat

Der Publikumsrat soll eine unmittelbare Mitwirkung der Beitragszahler ermöglichen. Durch die hälftige Zufallsauswahl soll die Perpetuierung organisatorischer Einflussvorteile bestimmter gesellschaftlicher Gruppen verhindert und ein echter repräsentativer Querschnitt ermöglicht werden. Im Übrigen erfolgt - zur Hälfte - eine Wahl und somit eine direkte, Identifikation stiftende Beteiligung der Beitragszahler. Gerade die Empörung über die Beitragsverschwendung durch führende Personen des RBB kann als Antwort nicht bloß nach sich ziehen, lediglich die bisherigen Gremien kritischer zu betrachten. Vielmehr gebietet es der Respekt vor den Beitragszahlern, diese konkret mitwirken zu lassen. Daher sollen auch strukturelle Mitwirkungsmöglichkeiten der Beitragszahler etabliert werden. Die Mitgliederentsendungen in den Rundfunkrat durch die Interessenvereinigungen konnten bisher keine ausreichende Nähe zwischen dem Publikum und dem Rundfunk herstellen. Mehr noch, die Demokratisierung der Medien durch das Internet und neue Medienformate sind am öffentlich-rechtlichen Rundfunk weitgehend vorbeigegangen. Ganze Altersklassen haben sich vom linearen Rundfunk abgewendet. Es ist daher notwendig, ein Bindeglied zwischen der Gesamtheit der Beitragszahler und den Rundfunkanstalten zu schaffen, das ein gewisses Mitspracherecht bei der Programmentwicklung bietet und Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schafft. Daher soll dieses Gremium auch mit weitgehenden Kontrollrechten ausgestattet werden.

#### zu 2: Petitionssendezeit

Die Schaffung einer Petitionssendezeit trägt zur weiteren Demokratisierung der Sendeanstalt bei und schafft eine moderne Partizipationsform für die Beitragszahler. Zudem erhöht es die Identifikation mit den Programmen.

#### zu 3: Programmfonds

In nahezu allen mit den Skandalen des RBB befassten Gremiensitzungen herrschte Konsens, dass die übergebührligen Bonus- und Ruhestandszahlungen zurückgefordert werden sollten. Teilweise erfolgte dies auch bereits. Gerade gegenüber dem größten Teil der Belegschaft zeugten diese Zahlungen von Instinkt- und Taktlosigkeit. Zugleich erfolgten immer weitere Kürzungen im Programmbereich. Es erscheint daher sachgerecht, zurückerhaltene Zahlungen in einen Programmfonds fließen zu lassen.

zu 4: Gehaltsstaffelung entsprechend den Bestimmungen im Öffentlichen Dienst

Im Hinblick auf die Gehaltsstaffelung ist ein allgemeines Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es sich um eine öffentlich-rechtliche Sendeanstalt handelt, die sich nicht durch privatwirtschaftliche Betätigung, sondern durch öffentlich-rechtlich geregelte Beiträge finanziert. Daher ist bei der Ausgestaltung der Gehaltsstrukturen ein öffentlich-rechtlicher Rahmen zu setzen. Mehrfach ist der Ansatz formuliert worden, dass ein Intendant bzw. eine Intendantin nicht mehr verdienen sollte als der Ministerpräsident. Es ist daher zweckmäßig, konkrete Rahmenbedingungen - unter Anlehnung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) - zu formulieren.

zu 5: Direkte Mitbestimmung der Migrantinnen und Migranten

Die Notwendigkeit, Vertreter der Menschen mit Migrationsgeschichte durch die Integrationsbeauftragten bestimmen zu lassen, besteht nicht. Organisierte Mitglieder der Migrantenverbände sind selber befähigt, in eigener Verantwortung ein Mitglied für den Rundfunkrat zu benennen und zu entsenden. Es widerspricht allen partizipativen Ansätzen und Grundsätzen der Selbstverwaltung, wenn ausgerechnet für Menschen mit Migrationsgeschichte eine Benennung nicht durch sie selbst, sondern durch Beauftragte der Landesregierungen erfolgt. Dies ist bei den anderen entsendenden Gremien nicht der Fall. In beiden Ländern bestehen Dachverbände verschiedener Vereinigungen von Bürgern mit Migrationsgeschichte. Diese sind in besonderer Weise durch interkulturelles Engagement aktiv und arbeiten für eine umfassende Inklusion. Hierzu ist auch eine entsprechende Mitwirkung im Rundfunkrat erforderlich. Eine „von Amts wegen“ erfolgende Benennung ist dabei weder notwendig noch zielführend.